

Solidarität entwickeln, Sozialstaat ausbauen, umverteilen!

Positionierung der IG Metall Wiesbaden-Limburg zur Bundestagswahl

„Die Bundesrepublik hat sich immer noch nicht von dem alten Leitbild, dem neoliberalen markt- und wettbewerbsfreundlichen Un-Geist der 80er und 90er Jahre verabschiedet. Die Agenda-Politik und Hartz-Gesetzgebung haben die gesellschaftliche Spaltung durch einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor und die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse durch Leiharbeit und Befristungen befördert.“, so hat es der Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, treffend auf dem letzten Gewerkschaftstag formuliert.

Auch die aktuelle Regierungspolitik in Deutschland schont die wirtschaftlich Starken (jüngstes Beispiel: Vererbung von Betriebsvermögen) und setzt trotz relativ hoher Steuereinnahmen und niedriger Zinsen auf eine rigorose Sparpolitik, anstatt die öffentliche Infrastruktur auszubauen und den Sozialstaat zu stabilisieren.

Die sozialen Folgen dieser Politik sind nicht übersehen:

- Die Vermögensspreizung konnte nicht geschlossen werden;
- Die Lohnspreizung ist über Jahre gestiegen und konnte ebenfalls nicht verringert werden;
- Die Massenarbeitslosigkeit wurde im letzten Jahrzehnt zwar gesenkt, ist aber – bereinigt um die Statistik-Tricks – immer noch unakzeptabel hoch;
- Hinzu kommt, dass der Niedriglohnsektor ausgeweitet wurde und eine Zersplitterung der Arbeitnehmerschaft in Kern-, Rand- und ausgelagerte Belegschaften weiter voran schreitet. Diese Entwicklung wird von Veränderungen der Produktionsverfahren und der Arbeitsorganisation (Industrie 4.0) begleitet, die neue Anforderungen an die Demokratisierung der Unternehmens- und Betriebsverfassung stellt;
- Die öffentliche Infrastruktur (z.B. Bildung, Öffentlicher Nah- und Fernverkehr, sozialer Wohnungsbau, Pflege und Gesundheit) leidet an einem erheblichen Investitionsstau. Eine angemessene Versorgung der Bevölkerung ist in vielen Fällen nicht mehr gewährleistet.
- Die Sozialsysteme sind bereits in der Vergangenheit mit Kürzungsmaßnahmen überzogen worden, deren volle Wirkung teilweise erst jetzt oder in der Zukunft zum Tragen kommt (z.B. Anhebung des Renteneintrittsalters, Senkung des Rentenniveaus, Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge in der GKV, Hartz IV...).

Die Auswirkungen auf die Stimmung im Lande sind gravierend. Umfragen, wie die Studie von Allensbach zur „Generation-Mitte“, zeigen: die Mehrheit hält die heutige Gesellschaft für ungerecht und geht davon aus, dass sie in Zukunft auch noch zunehmend ungerechter wird. Hinzu kommen Unsicherheit und Angst bei all denen, die nicht mehr mitkommen oder mitzukommen glauben. Die alte Idee, dass der, der sich anstrengt, der sich weiterbildet, auch aufsteigt, hat tiefe Risse bekommen. Die Unsicherheit ist mit Niedriglohnsektor, Hartz-IV und prekärer Arbeit zurückgekehrt.

Doch damit nicht genug: eine rechtspopulistische Bewegung ist in der Lage, sich Verunsicherung, Angst und Unzufriedenheit zunutze zu machen. Ein wachsender Teil der Frustrierten und Verängstigten wendet sich inhumanen Politikkonzepten zu. Wenn es uns gelingen soll, den Rechtspopulismus zurück zu drängen, sind tiefgreifende Maßnahmen erforderlich. Dann bedarf es eines grundlegenden Politikwechsels, der eine friedliche Entwicklung in der Welt unterstützt, Wirtschaft- und Gesellschaft demokratisiert, Umverteilung von Oben nach Unten ermöglicht sowie Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stärkt.

Gemeinsam mit dem DGB wird die IG Metall Wiesbaden-Limburg im Bündnis mit allen, die am Erhalt und Ausbau des Sozialstaates interessiert sind, bereits im Vorfeld der

Bundestagswahl gesellschaftliche Bündnisse suchen, öffentliche Debatten führen, Aktivitäten organisieren und ihren Einfluss auf die demokratischen Parteien geltend machen.

Die IG Metall Wiesbaden-Limburg fordert insbesondere:

- **Die Demokratisierung von Wirtschaft- und Gesellschaft**

Ausweitung von Gewerkschaftsrechten: Kurarbeitergeld bei kalter Aussperrung und Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung.

Ausbau der Unternehmens- und der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland: Erhalt des VW-Gesetzes, Ausweitung der Paritätischen Mitbestimmung, besserer Schutz vor Mitbestimmungsfucht sowie reale Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen, mehr Kontrollrechte bei Heimarbeit
Erleichterung der Durchgriffshaftung gegenüber Konzernen

Stärkung von Arbeitnehmerrechten: Ausweitung des Kündigungsschutzgesetzes, Verbot der sachgrundlosen Befristung, keine Einschränkung von Equal-Pay- bei Leiharbeit, deutliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns

- **Den Ausbau der Sozialsysteme**

Rente:

Einführung der Erwerbstätigenversicherung

Deutliche Anhebung des Rentenniveaus zur Sicherung des Lebensstandards

Senkung der Regelaltersgrenze auf 65 Jahre sowie einer abschlagsfreien Rente mit 63 nach 43 Arbeitsjahren

Ausreichende Absicherung von Erwerbslosen und Niedrigverdienern

Deutliche Anhebung der Grundsicherung im Alter

Darauf aufbauend, eine verbindliche, zumindest paritätisch finanzierte betriebliche Altersversorgung.

Gesundheit:

Einführung der Bürgerversicherung (schrittweise alle in die GKV)

Wiederherstellung der Parität

Ausweitung des Leistungskataloges (z.B. Zahnersatz)

Zurückdrängung der Privatisierung (z.B. Krankenhäuser)

Einschränkung der Anbieterdominanz, z.B. durch staatliche Preisregulierung

Arbeitsmarkt:

Öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme zur (Wieder-)eingliederung von Langzeiterwerbslosen und Flüchtlingen auf Basis regulär bezahlter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs

Verbesserung der Möglichkeiten bei Kurzarbeit

Verlängerung der Bezugsdauer des Alg I, insbesondere für Ältere

Wiedereinführung des Berufsschutzes

Deutliche Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes

Keine Sanktionen, die zur Unterschreitung des Existenzminimums führen

Arbeits- und Gesundheitsschutz:

Anti-Stress-Verordnung, erleichterte Anerkennung von Berufskrankheiten

- **Die Umverteilung durch Steuerpolitik**

Eine Millionärssteuer sowie eine Erbschaftssteuer, die ausnahmslos alle Erbschaften ab 500.000 Euro besteuert
Anhebung des Spitzensteuersatzes
Anhebung der Körperschaftssteuer
Einführung einer Finanztransaktionssteuer
Austrocknen von Steueroasen
Einstellung von Steuerbeamten, um das Steuerrecht auch durchzusetzen

- **Ein Investitionsprogramm**

Ein Investitionsprogramm in Höhe von zusätzlich 100 Mrd. Euro jährlich zur Sanierung der öffentlichen Infrastruktur.

- **Eine Initiative gegen Rassismus**

Die Stärkung und finanzielle Förderung von antirassistischen Initiativen, die sich für die Aufnahme von Geflüchteten und gegen den um sich greifenden rassistischen Ungeist engagieren
Implementierung von antifaschistischen und antirassistischen Inhalten in die Lehrpläne und Curricula von Schulen und Hochschulen

- **Engagement der deutschen Regierung für die Neuausrichtung der EU**

Beendigung der Sparpolitik in der EU
EU-weites Investitionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sanierung der öffentlichen Infrastruktur
Ausweitung der Unternehmens- und der betrieblichen Mitbestimmung auf die europäische Ebene
Demokratisierung der EU-Organe, insbesondere Parlamentsrechte für das EU-Parlament und Demokratisierung der EZB
Nein zu CETA, TTIP und TISA
Sicherung des Arbeitsortsprinzips bei Entsendungen

- **Eine friedliche deutsche Außenpolitik**

Senkung statt Anhebung des Rüstungsetats
Im ersten Schritt Senkung der Rüstungsexporte sowie keine Exporte in Krisengebiete
Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr

Die IG Metall Wiesbaden-Limburg ist sich des Umstandes bewusst, dass wir von einem grundlegenden Politikwechsel meilenweit entfernt sind und somit die Durchsetzung vieler der genannten Forderungen ebenfalls nicht vor der Tür steht. Gleichwohl: Ein „weiter so“ wird den gesellschaftlichen Verwerfungen nicht gerecht. Wenn es gelingen soll, den Rechtspopulismus zurück zu drängen, sind tiefgreifende Maßnahmen erforderlich.

Beschluss des Ortsvorstandes vom 10.10.2016.